Stand: 16.12.2025 03:28:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14662

"Kinderrechte stärken - Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/14662 vom 05.12.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15785 des VF vom 23.02.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/15988 vom 14.03.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 14.03.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.12.2016 Drucksache 17/14662

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinderrechte stärken -

Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine verbindliche gesetzliche Regelung einzusetzen, sodass freiheitsbeschränkende Maßnahmen in Wohnheimen und stationären Einrichtungen zur Unterbringung behinderter Kinder und Jugendlicher zukünftig einer schriftlichen Zustimmung der Sorgeberechtigten und der anschließenden Genehmigung durch ein Familiengericht unterliegen. Dies soll alle freiheitseinschränkenden Maßnahmen wie den Einschluss in geschlossene Räume, mechanische Fixierungen oder medikamentöse Behandlungen, mit denen Kindern und Jugendlichen über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig die Freiheit entzogen wird, betreffen.

Freiheitsbeschränkende Maßnahmen sollen nach dieser Regelung nur dann zulässig sein, wenn sie zum Wohl des Kindes, insbesondere zur Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung, erforderlich sind und der Gefahr nicht auf andere Weise begegnet werden kann. Eine pauschale und präventive Zustimmung der Sorgeberechtigten zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen wäre damit nicht mehr zulässig.

Die neue gesetzliche Regelung sollte ferner die für die freiheitsbeschränkende Maßnahme verantwortliche Einrichtung verpflichten, gegenüber den Sorgeberechtigten und dem Familiengericht auf Verlangen schriftlich die Art der Maßnahme, ihre Erforderlichkeit, die Funktion der anordnenden Person, den Tag der Anordnung sowie den Beginn und das Ende der Maßnahme ausführlich zu erläutern.

Begründung:

Die Versorgung (schwerst-)behinderter Kinder und Jugendlicher ist sehr anspruchsvoll für die Pflegekräfte. Nichtsdestotrotz haben auch diese Kinder und Jugendlichen – genauso wie alle anderen auch – das Recht, sich frei bewegen zu dürfen und eigene Entscheidungen zu treffen, sofern sie sich damit nicht unmittelbar selbst oder andere gefährden. Zwangsmaßnahmen jeglicher Art, die Kinder und Jugendliche in der Ausübung ihrer Rechte einschränken, lehnen wir daher entschieden ab.

Durch Medienrecherchen verschiedener Medien wurde öffentlich, dass in bayerischen Einrichtungen und Wohnheimen zur Unterbringung behinderter Kinder und Jugendlicher freiheitsbeschränkende Maßnahmen auch außerhalb von Extremsituationen im Alltag angewendet wurden und Eltern im Vorfeld ihr generelles Einverständnis zu Zwangsmaßnahmen geben mussten. Zu Zwangsmaßnahmen zählt man Einsperren ins Zimmer oder in Kastenbetten, an Stühlen oder Betten gegebenenfalls vorsorglich fixieren zu lassen und in bestimmten Situationen in sogenannte Timeout Räume bringen zu lassen oder mit sedierenden Medikamenten behandeln zu lassen.

Die Staatsregierung hat die bisherige Praxis gebilligt, eine pauschale Zustimmung der Eltern und Sorgeberechtigten zu Zwangsmaßnahmen als ausreichende Rechtsgrundlage für freiheitsbeschränkende Maßnahmen anzusehen. Mit Bezug auf das elterliche Sorgerecht hat sich die Staatsregierung aus jeglichen weiteren Kontrollen und Prüfungen herausgehalten. Weitere Ansprechpartner, Beratungs- oder Beschwerdestellen für Eltern oder Sorgeberechtigte, bei denen sie sich im Zweifel Rat und Hilfe holen können, gibt es bisher nicht.

Um Transparenz zu schaffen, müssen zukünftig alle Zwangsmaßnahmen von den Einrichtungsträgern dokumentiert und von der Heimaufsicht ausgewertet werden. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für kontrollierende und fördernde Maßnahmen der Bezirksregierungen und für eine jährliche Berichterstattung an die Staatsregierung und den Landtag.

Eine enge Zusammenarbeit im Hinblick auf Präventionsmaßnahmen mit den Fachverbänden und Trägern der Heime ist notwendig, um freiheitseinschränkende Maßnahmen auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Dazu gehören die Erarbeitung von Deeskalationsstrategien ebenso, wie die regelmäßige Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der quantitativen Personalausstattung sowie die Verbesserung der entsprechenden fachlichen Qualifikation.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/15785 23.02.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/**14662**

Kinderrechte stärken - Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Ulrike Gote Berichterstatterin: Mitberichterstatter: Dr. Franz Rieger

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 26. Januar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 23. Februar 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.03.2017 Drucksache 17/15988

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/14662, 17/15785

Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Protokollauszug 99. Plenum, 14.03.2017

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Anlage. Dies ist der Antrag

der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbe-

gleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen" auf

Drucksache 17/10665. Dieser Antrag soll auf Antrag der Fraktion gesondert beraten

werden. Der Aufruf erfolgt dann am späten Abend.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit

den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Abgeordneten. Gibt es Gegen-

stimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit über-

nimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der

SPD-Fraktion zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern und des Gesetzes

über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof betreffend die Wahl der berufsrichterli-

chen Mitglieder und des Präsidenten und seiner Vertreter mit Zweidrittelmehrheit auf

Drucksache 17/14537 bekannt. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 78.

Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen ode
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD Schatzregal in Bayern endlich einführen! Drs. 17/1461, 17/15418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bekämpfung der Diskriminierung an Hochschulen Drs. 17/5972, 17/15417 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen Drs. 17/10665, 17/15619 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schnelles Internet in Bayerns Zügen II: Freies WLAN in allen Regionalzügen Drs. 17/11836, 17/15668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schnelles Internet in Bayerns Zügen III: Schienenfahrzeuge mit Signalverstärkern ausrüsten Drs. 17/11837, 17/15669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept für eine adäquate Betreuung von unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Flüchtlingen – Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen berücksichtigen Drs. 17/14133, 17/15568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

7.	Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
	Ja zur Sozialen Marktwirtschaft – Nein zu planwirtschaftlichem Verhalten
	Drs. 17/14191, 17/15670 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Eberhard Rotter CSU Einrichtung und Bedienung der Intercity-Linie (IC) Karlsruhe – Nürnberg – Saalfeld – Jena – Leipzig durch die DB Fernverkehr AG ab 2017 Drs. 17/14329, 17/15672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Tobias Reiß CSU
Zügige Schaffung des neuen Ausbildungsberufs "E-Commerce-Kaufleute" –
Einrichtung von Berufsschulangeboten zu Beginn des Berufsschuljahres
2018/2019

Drs. 17/14346, 17/15791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Leitfaden "Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft" aktualisieren – Agrarstrukturelle Belange integrieren Drs. 17/14458, 17/15571 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachbesserungen bei den vorgesehenen Neuregelungen hinsichtlich der Berufszulassung für gewerbliche Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter im Sinne des Verbraucherschutzes dringend erforderlich Drs. 17/14533, 17/15569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Lärmschutz an der B 20 im Bereich Cham-Janahof Drs. 17/14534, 17/15673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		ENTH

13.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
	Erwin Huber u.a. CSU
	Gesundheitsinformationen im Internet – Chancen der Digitalisierung nutzen
	Drs. 17/14602, 17/15784 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Vermehrter Einsatz von Recyclingbaustoffen bei staatlichen Baumaßnahmen Drs. 17/14614, 17/15572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung Drs. 17/14662, 17/15785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

16.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Luftgütemessungen in der Umgebung des Flughafens München
	Drs. 17/14704, 17/15573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u.a. CSU Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Smoothies Drs. 17/14717, 17/15574 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
 Erkenntnisse aus der gemeinsamen Fahndungsaktion gegen Einbrecherbanden Drs. 17/14776, 17/15499 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechtssicherheit bei "Internet-Links" gewährleisten Drs. 17/14834, 17/15786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Nicht deklarierte Nanopartikel in Lebensmitteln Drs. 17/14840, 17/15575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter CSU S-Bahn-Haltestellen mit geringem Verkehrsaufkommen trotz Verspätungen nicht auslassen Drs. 17/14862, 17/15674 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
 Teilzeitfalle bekämpfen – Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!
 Drs. 17/15030, 17/15620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Unterstützungsleistungen der bayerischen Salafistenszene aus dem Ausland Drs. 17/15128, 17/15676 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gefahr durch "Reichsbürger" ernst nehmen Drs. 17/15172, 17/15584 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
 Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern Drs. 17/15190, 17/15583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u.a. und Fraktion (CSU) Bericht zur sogenannten Reichsbürgerbewegung Drs. 17/15191, 17/15582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rolle der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in Europa stärken Drs. 17/15200, 17/15686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD Demokratische Reform der Limbach-Kommission Drs. 17/14774, 17/15124

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Walter Nussel, Eberhard Rotter u.a. CSU Verminderung von Verkehrsunfällen mit Lkw-Beteiligung – Möglichkeiten der Außerbetriebsetzung der in den LKW verbauten Fahrerassistenzsysteme (Abstandswarner/Notbremsassistent) verhindern Drs. 17/14861, 17/15140

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schnelles Internet in Bayerns Zügen I: Volle Netzabdeckung entlang bayerischer Bahnstrecken Drs. 17/11835, 17/15844 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ